

Gegendert bei Disney: Helfen Sie mit, Widerstand zu leisten!

Wie viele schöne Stunden haben Sie und ihre Kinder schon mit den wunderbaren Filmen und in den herrlichen Vergnügungsparks von Walt Disney verbracht? Oder in den Disney-Comics geschmökert oder ein Musical aus der amerikanischen Heile-Welt-Schmiede besucht, die seit Jahrzehnten Hunderte Millionen wenn nicht Milliarden Menschen auf der ganzen Welt verzückt? Ich persönlich mag am liebsten „Aladdin“, aber auch „Arielle, die Meerjungfrau“ habe ich mit unseren Kindern wohl zehn Mal gesehen, nicht minder den „König der Löwen“. Oder das Musical von der „Schönen und das Biest“ - wirklich bezaubernd. Heile Welt, das können die Amis einfach.

Nun scheint auch das vorbei zu sein. Die radikale Agenda der sogenannten LGBT-Community greift nun auch nach dieser einzigartigen kulturelle Oase für Familien.

Im Disney Land Paris fand jüngst eine sogenannte „Pride-Parade“ für „Queere“ und Homosexuelle statt, die man dort „Magische Pride-Parade“ nennt. Den kleinen Kindern, die mit strahlenden Augen durch diese Parks laufen auf der Suche nach all den bekannten Figuren und den Attraktionen, sollen jetzt im Sinne der Genderideologen zum neuen Menschen umerzogen werden. Es soll ihnen spielerisch vermittelt werden, dass es nicht nur Geschlechter gibt und dass auch ihre Familie nur irgendein beliebiges soziales Konstrukt unter vielen anderen denkbaren Verbindungen ist.

Wenn schon die etablierte Politik nichts unternimmt, von bürgerlichen Kräften mag man gar nicht mehr sprechen, die sich um die Familien kümmern, so gibt es wenigstens Freunde, die etwas tun, so das Team von „Citizen GO“ einer christlichen Stiftung, die europaweit eine Internet-Petition gestartet. Am 20. November wollen sie Robert A. Iger, dem CEO und Präsidenten des Walt Disney-Konzerns, eine Petition übergeben, in der sie nachdrücklich darauf hinweisen, wer ihre Kunden und Gäste sind und dass sie es ablehnen, ihre Kinder in den Disney Parks einer Gehirnwäsche unterziehen zu lassen.

Gerade jetzt haben LGBT-Aktivistinnen die Forderung erhoben, „Prinzessin Elsa“, Hauptfigur des beliebten Films „Die Eiskönigin“, lesbisch werden zu lassen. Toleranz gegenüber anderen Lebensweisen sollte für uns alle selbstverständlich sein. Aber ideologischer Gehirnwäsche an unseren Kindern muss jeder entschieden entgegengetreten, der will, dass unser Land und unsere Gesellschaft auch in einigen Jahren noch erkennbar sein wird.

Falls Sie den Widerstand gegen den gefährlichen Gender-Unfug unterstützen möchten, zeichnen Sie bitte **JETZT** diese [Petition](#)

Gastspiel Volker Seitz: Entwicklungshilfe wird die Armut in Afrika nicht beseitigen

In diesem und im kommenden Jahr kann Entwicklungsminister Gerd Müller mit 10,2 Milliarden Euro planen. Ab 2021 sind laut Finanzministerium, das die öffentlichen Ausgaben mit Sparmaßnahmen in den Griff bekommen will, nur noch 9,3 Milliarden Euro eingeplant. Diese Kürzung nimmt Müller zum Anlass öffentlich zu klagen, dass dann die Arbeitsfähigkeit seines Ministeriums nicht mehr gewährleistet sei.

Zahlreiche Zeitungen von der Augsburger Allgemeinen bis zu ZEIT berichten mit einem Aufschrei der Entrüstung von den geplanten Kürzungen. Dabei weiß man auch im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), dass eine massive Aufstockung der staatlichen Entwicklungshilfe nach aller Erfahrung keine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse in den afrikanischen Ländern bewirken wird. Vielmehr ist zu erwarten, dass große Teile der zusätzlichen Mittel in falsche Kanäle fließen und der Exodus anhält.

Das unbestreitbare zentrale Thema Familienplanung wird in BMZ Papieren mit Allgemeinplätzen abgehandelt: „Die demografische Entwicklung stellt in vielen Ländern eine große Herausforderung für das Bemühen, das Entwicklungs- und Wohlstandsgewinne zu erhalten. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, bedarf es verstärkter Anstrengungen in Schlüsselbereichen wie sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte, Bildung und sozialer Sicherung.“

So gern ich lese, dass verstärkte Anstrengungen endlich vorgesehen sind, so gern wüßte ich, wie denn die „verstärkten Anstrengungen“ aussehen sollen. Will man mit solchen banalen Sätzen die kirchlichen Hilfe-Organisationen nicht gegen sich aufzubringen? Immerhin will die Association of Protestant Churches in Africa (AACC) das Bevölkerungswachstum drosseln. *„Kein Geldbetrag kann die Armut beseitigen, wenn wir nicht endlich die Bevölkerungsexplosion bremsen.“* sagte Brig Muwador von AACC am 19. März in der ARD „Report München“. Das Thema ist für Afrikaner sehr delikats, und wenn man es anspricht, darf man es nicht vom demographisch-ökonomischen her tun, sondern mit dem Blick auf Mütter und schon vorhandene Kinder, deren Lebensverhältnisses sich verschlechtern, wenn noch mehr Kinder hinzukommen.

Insgesamt hat die Entwicklungshilfe, auch wegen der Bevölkerungsentwicklung, bisher keine grundlegende und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in Subsahara-Afrika in Gang gesetzt. Im Gegenteil, die Entwicklungshilfe ist zu einer Maschinerie geworden, die immer mehr ihrer Selbsterhaltung dient.

Außerdem will das BMZ mit derzeit 160 Gender-Projekten weltweit, die Entwicklungsländer und sogar China (einem wichtigen Geberstaat in Afrika) von der deutschen Gender-Politik überzeugen. Sicherlich gibt es Einsparmöglichkeiten bei umstrittenen Projekten wie z.B. „Integration des Genderansatzes in die marokkanische Wirtschaft und Sozialpolitik“; „Förderung eines zivilgesellschaftlichen, landesweiten Gendernetzwerkes in China“ und der „Beschäftigungsförderung durch Energieeffizienz und erneuerbare Energien Moscheen in Marokko“.

Einsparungsmöglichkeiten gibt es auch bei verfehlten Entwicklungsprojekten. In der F.A.Z. vom 19. März wird aus einer bisher unveröffentlichten Studie einer Gruppe von acht jungen Forschern des Seminars für Ländliche Entwicklung der Berliner Humboldt-Universität zitiert. Demnach verbreiten Wildhüter in Kamerun in Naturschutzgebieten Angst und Schrecken. Brisant ist der Bericht, weil neben dem WWF (seit 1990) auch die KfW-Bankengruppe im Auftrag des BMZ (seit 2007) den Großteil des Entwicklungsprojekts finanziert. Die KfW wird mit der Aussage zitiert „Die Bevölkerung profitiert vom Naturschutz“.

Die Betroffenen sehen das anders, weil Elefanten, Schimpansen und Gorillas regelmäßig ihre Ernten vernichten. Ein Befragter empörte sich: „Elefanten werden besser geschützt als die Menschen“. Der Plan, hohe Einnahmen zu generieren haben sich nach der Studie nicht erfüllt. 2016 seien gerade mal 96 Besucher gekommen. Als Gründe werden politische Instabilität, die schlechte Erreichbarkeit und mangelhafte Infrastruktur genannt. Die KfW teilte den Forschern mit, dass sie die Erkenntnisse „sehr ernst“ nehme und habe den Dialog mit dem WWF und den Behörden in Kamerun „intensiviert“.

Volker Seitz war in verschiedenen Funktionen für das deutsche Auswärtige Amt tätig, zuletzt als Botschafter in Kamerun, der Zentralafrikanischen Republik und Äquatorialguinea. Er ist Autor des Bestsellers „Afrika wird armregiert“.

Wenig Humor auf dem dritten Klo

Das Witzle war nun wirklich kein richtiger Brüller, aber mal ehrlich: wann ist Karneval auch schon mal wirklich witzig? CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer wagte sich am Donnerstag im baden-württembergischen Stockach am Bodensee in die Bütt und sorgte für einige Heiterkeit und Beifall mit diesem Spruch:

„Wer war denn von Euch vor kurzem mal in Berlin? Da seht ihr doch die Latte-Macchiato-Fraktion, die die Toiletten für das dritte Geschlecht einführen. Das ist für die Männer, die noch nicht wissen, ob sie noch stehen dürfen beim Pinkeln oder noch sitzen müssen. Dafür, dazwischen, ist diese Toilette.“

Damit nahm sie den grassierenden Schwachsinn der Genderist_ *Innen in unserem Land treffend aufs Korn, denn gegen Gender Studies sind Wünschelruten und Kornkreise hoch wissenschaftlich.

Wie zu erwarten, erntete AKK einen veritablen Shitstorm. Homo-Lobby und Gender-Industrie, bestens versorgt aus unserem Staatshaushalt, brachen in kollektive Schnappatmung aus und bewiesen erneut, dass sie das Wesen des Karnevals nicht einmal im Ansatz begriffen haben.

Quote für Kandidatenlisten: Warum nur Frauen und Männer?

Der Landtag von Brandenburg wird heute mit der Mehrheit von SPD, Linken und Grünen einen Frauenquote beschließen. Die Parteien müssen dann bei der Aufstellung ihrer Landeslisten für die nächste Landtagswahl Männer und Frauen abwechselnd platzieren, damit der Frauenanteil deutlich erhöht wird.

Nun bin ich ein bisschen altmodisch und denke immer noch, dass es bei einer Wahl darauf ankommt, die Besten nach vorne zu bringen. Das könnte übrigens von mir aus auch eine Mehrheit weiblicher Kandidaten sein. Es ist mir vollkommen egal, ob ein Kandidat - um den früheren SPD-Fraktionsvorsitzenden in NRW, Friedhelm Fahrtnmann, zu zitieren - „zwischen den Beinen anders aussieht als ich“. Nur gut müssen sie sein, und sie müssen sich um die Sorgen und Nöte der Bürger kümmern.

Nun wissen wir, dass diese altmodische Denke im bunten Deutschland der Vielfalt ein wenig gelitten hat in den vergangenen Jahren. Und wir wissen, dass Frauen heutzutage an die Spitze von Regierung, Bundesländern, Medienkonzernen, Familienunternehmen kommen, ganz ohne Quote - einfach, weil sie richtig gut sind. Und wir wissen, dass es schon bei den Grünen in Urzeiten trotz Quote immense Probleme gab, überhaupt genug Kandidatinnen zu finden, um alle Quotenplätze besetzen zu können.

Doch, was mich am meisten schockiert: Brandenburg führt nun eine Quote ein, die nur Männer und Frauen berücksichtigt. Was ist eigentlich mit den Transgender-Leuten, den Intersexuellen, den CIS-Frauen und denen, die sich gar nicht entscheiden wollen, was sie sind? Und was ist mit denen, die sich auch gern mal umentscheiden? Haben die nicht auch das Recht, bei der Vergabe der Listenplätze gefördert zu werden? Die vielleicht als Frau auf Listenplatz 3 gewählt werden, und dann am nächsten Tag entscheiden, dass sie jetzt ein Mann sein wollen? Werden die dann von der Liste gestrichen? Gibt es für die eine zweite Chance, sich um einen Männer-Platz zu bewerben?

Merkt eigentlich jemand, was für ein völliger (Gender-)Schwachsinn hierzulande gepflegt wird? Wundert sich noch jemand, dass immer weniger Menschen, diese Art von Politik nicht mehr ernst nimmt?

Hannover zukünftig geschlechtslos

Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover marschiert an der Spitze des Fortschritts: Unter der Überschrift „Empfehlung für eine geschlechtergerechte Verwaltungssprache“ sollen zukünftig weder männliche noch weibliche Geschlechterbezeichnungen in e-mails, Briefen oder Formularen verwendet werden. Und - besonders wichtig:

Auch das von unserer famosen Bundesregierung eingeführte „dritte Geschlecht“ soll zu seinem Recht kommen.

Man könnte das lächelnd abtun und sich selbst damit beruhigen, dass wir eben in einem bunten und vielfältigen Land leben, das sonst keine größeren Probleme hat, wenn...ja, wenn es tatsächlich keine größeren Probleme gäbe.

Was da eine niedersächsische Metropole - Hannover - gerade treibt, wird den Lauf der Weltgeschichte in etwa so gravierend verändern, wie ein 800 Meter Strecke langes Dieselfahrverbot in Hamburg. Aber es ist manchmal kaum noch zu fassen, wie eine Handvoll durch und durch ideologierter Gender-Aktivistinnen politisch ihre Agenda durchdrücken und Stück für Stück an Boden gewinnen mit diesem Schwachsinn. Und wie die politisch Verantwortlichen in den Mehrheitsparteien jeden noch so abstrusen Unfug nicht nur durchwinken, sondern sogar aktiv mitmachen.

Staatskohle für den Regenbogen

Heute Morgen erhielt ich eine Rundmail der „Initiative Familien-Schutz“, die darauf hinweist, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) bisher eine halbe Million Euro Steuergelder für Informationsarbeit für den unwissenschaftlichen Gender-Schwachsinn ausgegeben hat. Danach bekomme eine einzige schwul-lesbische organisation 200.000 Euro im Jahr, um - so heißt es in der Mail - „von der Kita bis zum Altenheim alle auf Regenbogen-Linie bringen, die beruflich irgendetwas mit Bildung und Pflege zu tun haben“. Und so etwas passiert nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern überall in Deutschland. Und es sollte auf massiven Protest der Bevölkerung treffen, denn politische Umerziehung ist keine Staatsaufgabe.

GASTSPIEL PHILIPP KÖHLER: Für Ehe und Familie zu streiten ist gefährlich geworden

„ONANIEREN! ONANIEREN! ONANIEREN!“ brüllt es über den Universitätsplatz der altherwürdigen Bischofsstadt Fulda. Rund 100 Menschen blöken sich Ihren Hass aus dem Leib. Sie sind angereist, um die Information der Öffentlichkeit zu „sabotieren“, wie man offen zugibt. Sie wollen verhindern, dass Eltern, Bürger, Steuerzahler und Wähler erfahren, was derzeit in deutschen Bundesländern von Kultusministerien in die Lehrpläne aufgenommen wird.

Grundlage vieler „Lehrpläne“ sind meistens die sogenannte „Sexualpädagogik der Vielfalt“ des fragwürdigen Uwe Sielert. Dessen „väterlicher Freund“ Helmut Kentler, Vordenker und „Urvater“ dieser „Pädagogik“, war nach Überzeugung ausgewiesener Fachleute tief ins Milieus hinein vernetzt, die den sexuellen Missbrauch von Kindern zum Teil selbst praktizierten oder aber sich darum bemühten, für den Missbrauch gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen. Die belastete „Lehre“ dieser beiden wirkt bis heute in die institutionalisierte Sexualpädagogik hinein. Auch die Ideologen des GENDER-GAGA haben es mit Hilfe aggressiven Lobbyings aus der LSBTIQ-Szene geschafft, öffentlich soviel vermeintlich moralischen Druck aufzubauen, dass auch deren wissenschaftlich höchst fragwürdigen „Lehrinhalte“ inzwischen an deutschen Schulen gelehrt werden müssen.

Die Initiatorin und Organisatorin des „Bus‘ der Meinungsfreiheit“, *Hedwig von Beverfoerde*, will „nicht kampfflos hinnehmen, dass diese mehr als fragwürdigen Lehrinhalte und -methoden an Kindern ausprobiert werden“. Sie sieht die Gefahr des Missbrauchs, sollten die Methoden Sielerts oder auch einer Elisabeth Tuidier von „Aktivistengruppen“ in die Schulen und Klassen getragen werden. Daher tourte sie Anfang September mit jungen Menschen durch Deutschland, um die Öffentlichkeit über diesen Skandal aufzuklären. Ein solches Engagement bleibt natürlich nicht ohne Widerstand. Interessierte Kreise haben kein Interesse daran, dass Eltern zu detailliert erfahren, was da hinter verschlossenen Türen in Grundschulklassen und weiterführenden Schulen getrieben wird. Übrigens oft ohne echte schulpädagogische Aufsicht und ohne die zugewiesenen Lehrkräfte der Schule. Denn die Schulen dürfen diesen Sexualkundeunterricht an externe Dienstleister auslagern, die dann eigenständig und unbeaufsichtigt vor den Klassen agitieren und mit den Kindern „arbeiten“ dürfen.

Wie sieht dieser „Widerstand“ gegen die Aufklärung über Missstände nun aus? Eigentlich ist mit ein paar Begriffen dazu alles gesagt: „Hirnloses Geblöke, Gebrülle und Geheule“. So sieht dieser Widerstand aus. Etwas differenzierter betrachtet spielt sich das in der Regel folgendermaßen ab: Vor Ankunft des Busses treffen sich Kampfkader der viel zitierten „breiten Bündnisse“ aus DGB, GEW, Juso, „Schwusos“, Grüne Jugend, kirchlichen Jugendgruppierungen, LGBTI-Lobbyisten und selbstverständlich die Krawall und Randelemacher der sogenannten Antifa, deren Anhänger sich durch besondere Öffentlichkeitsscheu (Sonnenbrillen, Hasskappenpullis, Transparente vor dem Gesicht) und Gewaltaffinität hervortun. Der

größte Teil dieser semiprofessionellen Protestler gehört zu Organisationen, die unmittelbar, oder so wie die Antifa, mittelbar, in irgendeiner Weise Geld aus den Landeshaushalten bekommen. Das befähigt dann dazu, den Freizeitaktivisten ihre Kaffeefahrt zum Protest zu finanzieren. Der ominöse Verein „Hessen ist geil“ beispielsweise übernahm die Fahrtkosten für zögerliche Mitläufer aus dem Raum Frankfurt. Dieser Verein wird von der hessischen Regierung mitfinanziert, wofür man sich auf der Homepage auch artig bedankt.

Die Veranstaltung wird eröffnet, diverse Redner überbringen Grußworte all der Organisationen, die zwar zum „breiten Bündnis“ gehören, aber dieses Mal leider nicht dabei sein können und dann wird eingeheizt: Den Anwesenden wird eingebläut, dass da drüben am „Lügenbus“ gleich die „Nazis“ und „Ewiggestrigen“ aussteigen werden (im Hintergrund dudelt leise das uralte Kampflied der Sozialisten und Kommunisten: die Internationale). Bei jedem Satz johlt die Meute, jeder Triggerbegriff bringt das Rudel in Stimmung. Jetzt geht's ans Eingemachte: Hedwig Beverfoerde – die Freundin von Beatrix von Storch (infernalisches Gebuhe) – wolle „zurück ins Mittelalter“ und am liebsten wolle sie den Paragrafen 175 wieder aus der Mottenkiste holen, um alle Homosexuellen verfolgen zu können, ja! so wie im Dritten Reich ermorden zu lassen!

So ein Blödsinn, solche Lügen werden da tatsächlich verbreitet. Es geht um Dämonisierung, es geht um Stigmatisierung und es geht darum die Massen aufzuwiegeln. Und das gelingt. Man kann den Hass in diesen Gruppen sehen, hören und fühlen. Gerade in der aufgeheizten Stimmung nach den Vorkommnissen von Chemnitz haben die Redner_*InnenX dann gerne noch Hinweise darauf gegeben, dass die diskriminierenden Rassisten (sic!) vom „Bus der MeinungsUNfreiheit“ in einer Reihe mit den rechtsradikalen Ausländerhetzern von Chemnitz stünden. Man steht dabei und will seinen Ohren nicht trauen, aber das Publikum ist dankbar und saugt solche Propaganda gerne in jede Pore auf. Da muss man sich nicht wundern, dass Hedwig von Beverfoerde und die junge Bus-Crew von mehreren Hundertschaften Polizei abgesichert werden mussten. Und das war auch gut so.

Wer in Regensburg, in Köln und in Stuttgart in die hassverzerrten Gesichter blicken musste, wer die geschwellenen Halsschlagadern der pöbelnden Masse gesehen hat, wer die hasserfüllten und vulgären Parolen gehört, die obszönen Gesten gesehen hat, wer die persönlichen und übergriffigen Beleidigungen gegen Beverfoerde und Ihre jungen Mitstreiter erleben musste, der war dankbar um jeden Polizisten, der da anwesend war. In Stuttgart musste ein mutiger Mann, der sich mitten in den Antifa-Aufmarsch gestellt hatte und von dort aus die Antifa und deren aggressives und sinnloses Geblöke und Gepfeife ausbuhte, von acht Polizisten herausgehauen werden. Als er den Udemokraten seinen Widerwillen gegen ihre Methoden zur Unterdrückung der Meinung der anderen mitteilte, wurde er schlagartig körperlich angegangen. Im Nachgang zur Demo lauerten einige Antifamitglieder einem Mitstreiter von Hedwig Beverfoerde auf und bedrohten ihn auf offener Straße. Er musste unter Polizeischutz zum Auto begleitet werden. Rund vierzig Polizisten sicherten das Parkhaus und hielten die Ausfahrt frei.

Interessant war aber, dass diese in der Gruppe so starken und brutal auftretenden Massenbewegten (#wirsindmehr) im Individualgespräch durchaus argumentieren konnten und für Argumente zugänglich waren. Den jungen Mitstreitern von Hedwig von Beverfoerde gelang es, viele zumindest zum

Nachdenken zu bringen, wenn sich die Chance zum Gespräch ergab. In Dresden, Berlin, in Fulda und in Wiesbaden, ja sogar in München war das möglich. In Wiesbaden war dieses direkte Gespräch, der gepflegte Dialog den Veranstaltern der Gegendemo so suspekt, so peinlich und sie hielten das für so gefährlich, dass sie sich umgehend von den Dialogwilligen distanzierten. Daraufhin verließen noch mehr Gegendemonstranten diesen intoleranten, diskussionsunfähigen, sowie intoleranten Haufen und begaben sich zu den Diskussionsgruppen.

Überhaupt war signifikant, wie wichtig dieses „Rudelgefühl“ für das „starke“ Auftreten dieser „mutigen Widerständler“ ist: Wenn diese etwas verloren zu viert oder fünft am Absperrgitter standen, dann konnte man beobachten, wie die „Aktivisten“ immer wieder den Blick untereinander suchten, sich gegenseitig mit aufgesetzter Fröhlichkeit noch unsäglichere Parolen über den gemeinsamen Feind zuriefen und sich ihrer Anwesenheit, ihres Rückhalts und der Zustimmung versicherten. Im Einzelgespräch hingegen traf man aufgeschlossen und durchaus kritikfähig junge Menschen. Kaum traten jedoch Gesinnungsgenossen hinzu, zeigte diese armen Kader unerbittliche Linientreue und verfiel wieder in die unsäglichen Sprechblasen ihrer Aufwiegler und Agitatoren.

Fazit der Beobachtung: Junge, unreife und leicht verführbare Menschen werden von altgedienten Stadtratsmitgliedern, Partei- und/oder Fraktionsvorsitzenden, von Kirchenleuten und Gewerkschaftsbösschen aufgehetzt und in Schlachten gejagt, die diese jungen Menschen mit wachem Verstand und nach reiflicher und vernünftiger Überlegung so nie schlagen würden. Es sind die „Führer“ dieser Bewegungen, die solcherlei undemokratisches und gesellschaftsspaltendes Verhalten evozieren, das ganze befeuern und letztlich auch verantwortlich für die aggressiven und gewalttätigen Auswüchse sind. Das sind keine Demokraten. Das sind intolerante Hetzer, die Hass schüren um den politischen Mitbewerber mundtot zu machen. Sie sollten sich schämen, so sie überhaupt noch wissen, was das ist: Scham und Anstand sowie echte Toleranz.

Ziemlich erschüttert von KLM

Die Kreisfrauenratsvorsitzende im Landkreis Verden, Karin Labinsky-Meyer, ist „ziemlich erschüttert“, lese ich heute auf *FOCUS Online*. Grund ist, dass die Frauen Union der CDU dort die Journalistin Birgit Kelle zu einem Vortrag eingeladen hat. KLM bezieht sich dabei auf Nikolaus Schneider, früher EKD-Ratsvorsitzender, dessen Gender-Beauftragte von 4.000 existierenden Geschlechtern ausgeht. Nun, in unserer Bibel zu Hause steht noch was von Gott, der den Menschen als Mann und Frau erschaffen hat. Wahrscheinlich eine rechtspopulistische Bibel. Man hat ja immer gehaut, was die Kelle zu Hause so rumstehen haben...

Ich bin wirklich ziemlich erschüttert, dass es im Landkreis Verden Frauenverbände gibt, die sich mit so einer Staatsratsvor... entschuldigen Sie, Kreisfrauenratsvorsitzenden schmücken, die ein Lebensmodell,

das Frauen in unserem Land und auf der ganzen Welt in großer Mehrheit freiwillig für sich wählen, als „fundamentalistische Kreise“ abqualifiziert. Und mehr zu dem Thema zu schreiben, wäre zu viel der Ehre für KLM...

Sex-Broschüre für Kita-Kinder: Berlin macht's möglich

„Als ich vier Jahre alt war, wollte ich mir den Penis abschneiden und habe ihn immer versteckt. Ich bin schon immer ein Mädchen, da ist nur der Penis falsch. Den will ich nicht haben.“ Originalzitat ein neunjährigen Jungen in der neuen 140-Seiten-Broschüre des Berliner Senats mit dem schönen Titel „Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben“. Die Broschüre soll das Thema „Sexuelle Vielfalt“ den Kita-Kindern der Hauptstadt nahebringen, zweifellos ein wichtiges Anliegen für Vierjährige. Und auch das „heteronormative Familienbild“ wird von den Umerziehern gezeißelt, also die Ehe eines Mannes und einer Frau. Die „Grundannahme, dass Kinder für ihre gesunde Entwicklung eine Mutter und einen Vater brauchen, die zusammenleben“, sei nämlich vollkommen falsch, lernen die Kleinen da aus der rot-rot-grünen Volksbegrüßungsbroschüre.

Allein diese Broschüre ist guter Grund, Eltern zu empfehlen, ihre Kinder zu Hause zu erziehen und sie nicht diesen Leuten zu überlassen, die es mit Erringung der Lufthoheit über den Kinderbetten bitterernst meinen. Die CDU will das Vorhaben übrigens jetzt im Abgeordnetenhaus stoppen, dürfte aber allein kaum die Kraft dazu haben. Hallo, CDU! Aufwachen! Wie wäre es mal mit einer politischen Kampagne auf den Straßen Berlins gegen diesen Irrsinn? Oder könnt Ihr Kampagnen gar nicht mehr?

In Berlin wird sich erst gravierend etwas ändern, wenn diese Regierung endlich von den Wählern zum Teufel geschickt wird.

Runter vom Sofa! Wir müssen den Ideologen den Zugang zu unseren Kindern verwehren!

Viele unserer Leser, da bin ich ganz sicher, sind in diesen Minuten mit PKW, Bus oder Bahn unterwegs nach Wiesbaden zum Luisenplatz, wo das hessische Kultusministerium seinen Sitz hat. Sie wollen demonstrieren gegen das menschenverachtende Konzept der „sexuellen Vielfalt“, mit dem rot-grüne Ideologen den Großangriff zur Zerstörung der traditionellen Familien begonnen haben.

Fächerübergreifend sollen die Kinder ab der Grundschule laut Lehrplan zu »Akzeptanz verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten« erzogen werden. Wohlgemerkt: Es geht dabei nicht um Toleranz gegenüber Menschen, die sich frei für einen anderen Lebensweg entschieden haben, sondern um AKZEPTANZ. Und das ist etwas ganz anderes. Der Lehrplan der schwarz-grünen Regierung in Hessen sieht folgende Schritte zur Beeinflussung unserer Kinder im Unterricht vor:

6 bis 10 Jahre: »kindliches Sexualverhalten« und »gleichgeschlechtliche Partnerschaften«

10 bis 12 Jahre: »unterschiedliche sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten (Hetero-, Bi-Homo- und Transsexualität)«

13 bis 16 Jahre: »erste sexuelle Erfahrungen«, »Schwangerschaftsabbruch, § 218 StGB und Beratungsangebote«, »Aufklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität, ggf. Unterstützung für Schülerinnen und Schülern beim Coming Out«

16 bis 19 Jahre: »Adoption, Leihmutterchaft, künstliche Befruchtung«, »Geschlechtsspezifisches Rollenverhalten«, »das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung«

Was in Hessen ebenso deprimierend für Eltern ist wie in Stuttgart: In beiden Landesregierungen ist die Christlich Demokratische Union (CDU) Partner in einer Regierungskoalition mit den Grünen, die das Konzept der Frühsexualisierung von Kindern massiv vorantreiben, wo immer sie etwas mitzubestimmen haben. Hoffen, dass sich der grüne Spuk bei der Bundestagswahl erledigen wird, ist das falsche Konzept. Die Partei, in deren Anfängen sich Pädophilie-Befürworter und „Stadtindianer“ ungestört austoben konnten, wird auch am 24. September wieder in den Bundestag einziehen – hoffentlich stark gerupft.

Bürgerlichen Menschen, Eltern, Christen bleibt jetzt nicht anderes übrig, als den Protest gegen diesen Irrsinn auf die Straßen zu tragen. Wenn Sie in Hessen wohnen und Zeit haben: Machen Sie sich jetzt noch auf den Weg zum Luisenplatz! Schreiben Sie Protestbriefe an die Abgeordneten in Ihrem Wohnbereich! Unterstützen Sie die Arbeit von Hedwig von Beverfoerde, Birgit Kelle und den anderen mutigen Streitem für die Rechte von Eltern unserer Kinder auch finanziell!

In Stuttgart, heute in Wiesbaden und anderswo in Deutschland: Stehen Sie auf vom Sofa, unternehmen Sie etwas, resignieren Sie nicht! Dieser Kampf wird um die Zukunft unserer Familien und damit unseres Landes gefochten.